

Bosch, Gerhard

Article — Digitized Version

Anmerkungen zum 'Neuen Bericht an den Club of Rome: "Wie wir arbeiten werden"'

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Bosch, Gerhard (1998) : Anmerkungen zum 'Neuen Bericht an den Club of Rome: "Wie wir arbeiten werden"', Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, ISSN 0340-1707, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 67, Iss. 4, pp. 259-271

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/141209>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Anmerkungen zum ‚Neuen Bericht an den Club of Rome: „Wie wir arbeiten werden“ ’

Von Gerhard Bosch

Zusammenfassung

In den Mittelpunkt ihrer Analyse stellen Giarini/Liedtke die These, daß in der Dienstleistungsgesellschaft Eigenarbeit expandiere und Teil einer erweiterten Wertschöpfungskette werde, in der nicht mehr Produkte sondern Nutzen verkauft werden. Es wird vorgeschlagen, das Beschäftigungsproblem durch eine Gleichbewertung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zu lösen, wobei dem Staat die Aufgabe zukomme, jeder Person zwischen 18 und 78 Jahren zumindest eine Teilzeitstelle mit bescheidener Grundsicherung zu organisieren. Ansonsten solle der Staat sich aus jeder Intervention in den privaten Sektor zurückhalten. In der Kritik wird unter Rückgriff auf Zeitbudgetstudien gezeigt, daß eine Zunahme von Eigenarbeit nicht nachweisbar ist. Die steigende Frauenerwerbstätigkeit weist zudem darauf hin, daß Eigenarbeit zunehmend aus den Haushalten ausgelagert wird. Dies erklärt die Ausweitung persönlicher und sozialer Dienstleistungen. Giarini/Liedtke blenden auch die Umweltdiskussion aus, obgleich erst durch die Entwicklung ökoeffizienter Dienstleistungen Nutzen anstelle von Produkten verkauft werden kann. Durch die geforderte Deregulierung des ersten Arbeitsmarktes und die Erwerbspflicht für Rentner bis 78 Jahre würden das Arbeitsangebot ausgeweitet werden und die Löhne sinken. Da der Staat kaum für 10 oder mehr Mill. Personen sinnvolle Arbeit organisieren kann, würde das geforderte große Arbeitsbeschaffungsprogramm in Beschäftigungstherapie enden. Insgesamt kommt es bei einer Realisierung der Vorschläge von Giarini/Liedtke zu einer Polarisierung der Gesellschaft.

1. Einleitung

Nie zuvor in der Geschichte waren so viele menschliche Ressourcen und Güter wie heute verfügbar, und doch leiden wir unter wachsender Arbeitslosigkeit und Armut. Die Industriegesellschaften bleiben weit unter ihrem Leistungsoptimum, da mit der Arbeitslosigkeit Humankapital verfällt, das wir zur Lösung der komplexer werdenden Probleme dringend brauchen. Dieses „Beschäftigungsdilemma“ ist das große Thema des neuen Berichts von Orio Giarini und Patrick Liedtke an den Club of Rome.¹ Die beiden Autoren wollen nichts weniger als einen völlig neuen analytischen Rahmen entwickeln, der mit den unzulänglichen Denkmustern aus der Industriegesellschaft bricht. Dabei gehe es um ein völlig neues Verständnis der Wohlstandsproduktion.

Nur massive Strukturbrüche, die man mit linearen Fortschreibungen aus der Vergangenheit nicht mehr erfassen kann, rechtfertigen einen solch massiven Einstieg. Wenn die Umbrüche in der Arbeitswelt so gravierend sind, daß es mit schrittweisen Veränderungen all der Institutionen und Normen, die die Erwerbsarbeit prägen, nicht mehr getan

ist, muß man das „Ganze“ neu denken. Das macht den Reiz der Debatte um die Zukunft der Arbeit aus. Es muß auch Spielraum für grenzüberschreitende visionäre Neubestimmungen sein, die man nicht im engen Korsett von Einzeldisziplinen fassen kann. Oft sind diese im ersten Wurf nicht perfekt, können aber gelegentlich der Ausgangspunkt neuer wissenschaftlicher Paradigmen sein. Zukunftsentwürfen wird man deshalb mit kleinlicher Kritik an Einzelpunkten oft nicht gerecht, sondern man muß sich schon auf die gleiche ganzheitliche Diskussionsebene begeben. Dabei muß es vor allem um den analytischen Gehalt des neuen Verständnisses der Wohlstandsproduktion gehen, dem wichtigsten Kriterium der „Bodenhaftung“, die ja wissenschaftliche Zukunftsdiskussionen von reinen Spekulationen unterscheidet. Ein neues Verständnis der Wohlstandsproduktion erfordert erstens eine Analyse dessen, was das „Neue“ an der Zukunft, was wir bisher nicht verstanden haben, ausmacht, und zweitens Schlußfolgerungen aus dieser Analyse für eine neue

¹ Giarini/Liedtke 1998. Wenn im folgenden der Bericht zitiert wird, verweisen wir nur auf die Seitenzahlen in Klammern.

Beschäftigungspolitik. Die Antworten auf diese beiden Kernfragen, nach denen das Buch gegliedert ist, möchte ich im folgenden darstellen und auch kritisch kommentieren. Zur Kritik laden Giarini/Liedtke förmlich ein. Sie versprechen in ihrem Buch nicht nur sehr viel, sondern legen es geradezu auf Konfrontation an, wenn sie die Kernaussagen des Buches durchweg als „kontroverse Thesen“ präsentieren, die mit traditionellen Denkmustern nichts mehr zu tun haben sollen.

2. Das „Neue“ in der Zukunft der Arbeit

2.1 Der Wert der Arbeit in der Dienstleistungsgesellschaft

Unsere bisherigen Denkansätze seien in der Industriegesellschaft entwickelt worden und passen auf die Dienstleistungsgesellschaft nicht mehr, heißt es bei Giarini/Liedtke. In der Industriegesellschaft werde Arbeit als „Summe körperlicher und geistiger Tätigkeiten der Menschen zur Produktion knapper Güter und Dienstleistungen“ bestimmt (S. 30). Der „Wert“ der Arbeit hänge von ihrer Kapazität ab, knappe Güter und Dienstleistungen zu produzieren. Eine so enge ökonomische Bestimmung des Werts der Arbeit sei der Dienstleistungsgesellschaft nicht angemessen. Der Wert der Arbeit verändere sich in drei Richtungen: Erstens sei der Wert eines Produktes nicht mehr von den Produktionskosten abhängig, sondern werde von der erwarteten Leistung über eine gewisse Zeitspanne bestimmt. Die Mentalität des „Verkaufens und Vergessens“ aus der Ära der Massenproduktion sei verschwunden; die Produktionskosten verteilen sich auf längere Zeiträume und eine umfangreichere Wertschöpfungskette, die von der Entwicklung erster Ideen, über Forschung und Entwicklung bis hin zum anschließenden Service und der Wiederaufbereitung bzw. Entsorgung reiche. Die Kosten bestimmen sich heute nach den Aufwen-

dungen in der verlängerten Wertschöpfungskette und nicht mehr nur in der eigentlichen Produktion (S. 39). Die Unge-
wißheit für die Unternehmen nehme zu, da die Preisbildung erst später auf den Märkten erfolge (S. 62).

Die Wertschöpfungskette schließe zweitens in zunehmendem Maße auch unbezahlte Arbeit ein; die Produzenten von Gütern und Dienstleistungen übertragen einen Teil der Arbeit auf die Konsumenten, die sich selbst bedienen müssen und zum „Prosumenten“ (Alvin Toffler) werden. Dies führe zu einer Renaissance von Eigenarbeit und Eigenkonsum,² die komplementär zur Produktion wachsen. Erst dadurch erschließe sich für den Konsumenten der Wert von Produkten und Dienstleistungen. Die Konsumenten seien heute nicht mehr nur passive Käufer, sondern leisten ihren eigenen Beitrag zur Produktnutzung und Wohlstandserzeugung (S. 75). Zur Verdeutlichung ihres Gedankens führen die Autoren hier auch den gebräuchlicheren Begriff des Nutzens ein, der offensichtlich mit dem Wert der Arbeit gleichgesetzt wird.

Drittens müsse nicht bezahlte Arbeit auch als produktiv anerkannt werden. In der Industriegesellschaft werde nur Erwerbsarbeit hochgeschätzt. Dienstleistungstätigkeiten, selbst wenn sie bezahlt worden seien, werden als zweitrangig angesehen, da sie nicht zum Produktionsprozeß beitragen (S. 94). Ein Indikator hierfür sei, daß die nicht bezahlte (nicht monetarisierte) Arbeit nicht ins Brutto-sozialprodukt eingehe. Vor allem die Arbeit der Frauen, die den größten Teil der nicht monetarisierten Tätigkeiten leisten, sei nicht anerkannt. Die Kluft zwischen den

² Wir gehen davon aus, daß die Charakterisierung des „Eigenkonsums“ als produktive Tätigkeit, die das Überleben ermöglicht (S. 144), ein Lapsus ist, da mit solcher Begrifflichkeit Produktion und Konsum nicht unterschieden werden können. Etwas anderes wäre es, wenn man darauf hinweisen würde, daß bestimmte Einkommensverwendungen, die heute als Konsum bezeichnet werden, wie etwa individuelle Weiterbildung, eigentlich Investitionen sind (Goldschmidt-Clermont/Pagnossin-Aligisakis 1995).

Abbildung 1

Der Wert der Arbeit in der Industrie- und der Dienstleistungsgesellschaft

	Kosten von Produkten und Dienstleistungen	Nutzen für den Käufer	Bewertung der Arbeit
Paradigma der Industriegesellschaft	Kosten durch Produktionsarbeit bestimmt	Produkte werden verkauft	Nur bezahlte Industriearbeit gesellschaftlich geschätzt
Paradigma der Dienstleistungsgesellschaft	Kosten entstehen in einer langen dienstleistungsorientierten Wertschöpfungskette	Nutzen wird verkauft / Eigenarbeit wird Teil der Wertschöpfungskette	Bezahlte und unbezahlte Arbeit werden gleichbewertet
Quelle: Maddison, 1995: S.38			© IAT 1998

Geschlechtern könne durch ein Wirtschaftssystem, das monetarisierte und nicht monetarisierte Tätigkeiten berücksichtige, vermindert werden (S. 115).

Wenn man diese drei Thesen im Zusammenhang betrachtet, fällt zunächst einmal die begriffliche Unschärfe auf. Der Begriff „Wert“ — der eigentlich die analytische Klammer des ganzen Buches sein soll — wird in ganz unterschiedlicher Weise gebraucht. Er soll gleichermaßen die Kosten- und Preisbestimmung von Produkten und Dienstleistungen, den Nutzen von Konsumenten sowie die normative Bewertung des gesellschaftlichen Rangs verschiedener Tätigkeiten fassen. Der Preis für eine solche Überfrachtung eines Begriffs ist analytische Unschärfe, die man daran erkennt, daß die Autoren zur Klarstellung ihrer Gedanken immer wieder hilfswiese auf andere Begriffe zurückgreifen müssen. Der Zusammenhang der drei Kernthesen im analytischen Teil des Buches, der in Schaubild 1 dargelegt wird, wird auch weniger argumentativ als assoziativ über einen bildhaften Terminus „Wert der Arbeit“ hergestellt. Wenn es allerdings gelänge, diese analytische Verknüpfung nachträglich herzustellen, dann wäre

ja noch nichts verloren. Schauen wir uns dazu die drei Thesen etwas genauer an.

2.2 Der Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft

Mittlerweile ist der Dienstleistungsbereich in allen Industrieländern der beschäftigungsstärkste Sektor (Tabelle 1). Giarini/Liedtke ist auch zuzustimmen, daß man den Strukturwandel nicht allein an der Aufteilung der Beschäftigten nach Sektoren festmachen kann, sondern von der Verlängerung der Wertschöpfungskette ausgehen muß. So entstehen durch neue Funktionen in der Forschung, Wartung oder dem Verkauf auch Dienstleistungstätigkeiten innerhalb des sekundären Sektors. Gerade in Deutschland zählt die Industrie mittlerweile zu den wichtigsten Dienstleistungsbereichen. 43 % aller Beschäftigten im sekundären Sektor üben in Deutschland eine Dienstleistungstätigkeit aus, gegenüber 37 % in den USA. Diese Unterschiede lassen sich durch andere Unternehmensstrukturen erklären. Während sich die Unternehmen in Deutschland durch

Tabelle 1

Beschäftigte nach Sektoren
1820 bis 1992

Jahr	USA	Frankreich	Deutschland	Großbritannien	Japan
PRIMÄRER SEKTOR (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei)					
1820	70,0	—	—	37,6	—
1870	50,0	49,2	49,5	22,7	70,1
1913	27,5	41,1	34,6	11,7	60,1
1950	12,9	28,3	22,2	5,1	48,3
1992	2,8	5,1	3,1	2,2	6,4
SEKUNDÄRER SEKTOR (Bergbau und verarbeitendes Gewerbe)					
1820	15,0	—	—	32,9	—
1870	24,4	27,8	28,7	42,3	—
1913	29,7	32,3	41,1	44,1	17,5
1950	33,6	34,9	43,0	44,9	22,6
1992	23,3	28,1	37,8	26,2	34,6
TERTIÄRER SEKTOR (Dienstleistungen)					
1820	15,0	—	—	29,5	—
1870	25,6	23,0	21,8	35,0	—
1913	42,8	26,6	24,3	44,2	22,4
1950	53,5	36,8	34,8	50,0	29,1
1992	74,0	66,8	59,1	71,6	59,0

Quelle: Maddison, 1995: S. 38.

© IAT 1998

eine „Tertiärisierung des sekundären Sektors“ eher intern differenziert haben, wurde in den USA ein größerer Anteil von Dienstleistungstätigkeiten ausgelagert.³

Eine der wichtigen Triebkräfte des Ausbaus der Wertschöpfungskette ist die wachsende Wissensintensität der Produktion. Die Wachstumswellen der Vergangenheit beruhen auf Technologien, die große Sachinvestitionen auslösten. Dies gilt in erster Linie für die Eisenbahnen und das Automobil mit ihren ausgedehnten Infrastrukturen. In den Unternehmen wurde hoher Kapitaleinsatz vorwiegend mit un- bzw. angelernter Arbeit kombiniert. Bei den neueren Technologien wie etwa bei den Informationstechnologien ist der Anteil der Sachinvestitionen an den gesamten Investitionen geringer als bei der klassischen „railroadification“ (High Level Expert Group 1997). Konnte man im letzten Jahrhundert noch 50 % des wirtschaftlichen Produktivitätszuwachses auf gestiegenen Kapitaleinsatz zurückführen, sind es heute nur noch 20 % (Abramovitz/David 1996). Die restlichen 80 % können durch Bildung, innovative Organisationsstrukturen und Forschung erklärt werden.

So haben sich auch die Gewichte zwischen Sachkapital und Humankapital beträchtlich verschoben.⁴ In den 20er Jahren hatte in Deutschland das Sachkapital noch einen fünfmal höheren Wert als das Humankapital; bis 1989 haben sich diese Wertgrößen auf eine Relation von 2,2 : 1 angenähert (Tabelle 2).⁵ Dabei sind die wachsenden Ausgaben für Forschung und Entwicklung und für Weiterbildung noch gar nicht eingerechnet.

Daß solche Veränderungen nicht ohne Auswirkungen auf die Arbeitswelt bleiben, ist naheliegend. Sind aber die von Giarini/Liedtke beschriebenen Auswirkungen von Bedeutung? Daß Preise sich erst auf den Märkten bilden, gilt in einer Marktwirtschaft seit eh und je, und die damit verbundene Ungewißheit kennzeichnet das Unternehmerisiko. Wenig kenntnisreich sind auch die Ausführungen zu neuen Formen der Preisgestaltung, die sich auf den Lebenszyklus eines Produktes beziehen. Hier haben die Unternehmen entsprechende Instrumente entwickelt. Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen etwa sind fixe Kosten, die erst hereingespielt werden, wenn eine bestimmte Stückzahl verkauft worden ist. Solche Kosten bestimmen den „break-even-point“ eines Unternehmens und können größere Stückzahlen — und Produktionseinheiten erfordern, wie wir dies etwa in der Automobil- oder Computerproduktion beobachten können. Wartung und Service gehen entweder direkt in den Verkaufspreis ein, wie etwa bei Garantieleistungen, oder werden anschließend abgerechnet.

Ein neues Problem sind allerdings die ungewissen Kosten der Entsorgung sowie große Havarien, die die Funktionsfähigkeit von Wirtschaftssystemen in Frage stellen können (S. 66). Diese großen Zukunftsrisiken — oft auch unter der Überschrift „Risikogesellschaft“ in der Literatur thematisiert — werden allerdings nicht weiter beschrieben. Wir sind heute noch weit davon entfernt, daß in der Indu-

Tabelle 2

Verhältnis von Human*- und Sachkapital in Deutschland

	Sachkapital	Humankapital
20er Jahre	5	1
1970	3,2	1
1989	2,2	1
in Mrd. DM	9 963	4 494
* Ohne Weiterbildung und Forschung und Entwicklung.		
Quelle: Buttler/Tessaring 1993.		© IAT 1998

strieproduktion das Prinzip „Verkaufen und Vergessen“ nicht mehr gilt. Mit der Deklarierung der heutigen und künftigen Arbeitsweise als Dienstleistungsgesellschaft wird überspielt, daß die Produktion materieller Güter ungekannte Dimensionen erreicht hat und weiter wachsen wird. In Realkategorien des Material- und Umweltverbrauchs und der produzierten Gütermengen gemessen leben wir mehr denn je in einer Industriegesellschaft, können allerdings aufgrund weitaus höherer Produktivität mehr Güter mit weniger Beschäftigten herstellen. Die Produktivität pro Arbeitsstunde ist in Deutschland zwischen 1870 und 1992 um mehr als das 17-fache angestiegen.⁶

Die Umweltvergessenheit der Produktion zu beenden, erfordert eine Umsteuerung von Produktion und Politik. Als große Synthese zur Lösung sowohl der Umwelt- als auch der Beschäftigungsfrage werden Ökosteuern genannt. Indem der Umweltverbrauch finanziell belastet und der Faktor Arbeit entlastet wird, soll über ökonomische Anreize die Beschäftigung angekurbelt und der Umweltverbrauch verringert werden. An dieser genial einfachen Synthese führt sicherlich kein Weg vorbei, wenngleich über die Beschäftigungswirkungen von Ökosteuern im einzelnen sehr unterschiedliche Meinungen bestehen.⁷ Allerdings reichen ökonomische Sanktionen (CO₂-Steuer) allein

³ DIW 1996.

⁴ Das Sachkapital umfaßt das Bruttoanlagevermögen; der Schätzung des Humankapitals werden die Ausbildungskosten gemäß üblichem Bildungsverlauf zugrunde gelegt. Zu ähnlichen Relationen hinsichtlich der jährlichen Ausgaben, also der Flußgrößen, gelangt Schuhmacher (1997).

⁵ In den USA lag 1990 der Humankapitalbestand (Education and Training) mit 25.359 Milliarden Dollar schon fast gleichauf mit dem Sachkapitalbestand von 28.525 Milliarden Dollar, gegenüber einer Relation von 1:2,3 1929 (Abramovitz/David 1996). Wenn man die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in den USA in den Humankapitalbestand einbezieht, ist dieser inzwischen deutlich wertvoller als der Sachkapitalbestand. Die amerikanischen Zahlen fallen allerdings höher als die deutschen aus, da sie auch entgangene Verdienste bei längeren Ausbildungszeiten sowie Aufwendungen für Gesundheit und Unfallschutz einbeziehen.

⁶ Maddison 1995.

⁷ Vgl. Priewe 1998, Schlegelmilch 1998, Hennicke/Richter 1998.

noch nicht aus, Verhaltensänderung von Produzenten und Konsumenten zu erzwingen. Es müssen zudem durch die Entwicklung neuer Produkte und Verfahren sowie Beratung und Information machbare Lösungen angeboten und verbreitet werden.⁸ Genau hier macht eine neue Dienstleistungsorientierung der Wirtschaft Sinn. Eine ökologisch orientierte "Ökonomie des Vermeidens" ist an einen Ausbau von "ökoefizienten Dienstleistungen" gebunden.⁹ Als zukunftsweisende Beispiele können der Verkauf von Nutzen anstelle von materiellen Produkten genannt werden, wie wir dies bereits in Ansätzen vom Car-sharing oder vom Leasing von Kopierern kennen. Schon jetzt verkaufen einige Energieunternehmen nicht mehr nur Kilowattstunden, sondern „warme Räume“ und bieten Konzepte zur Energieeinsparung an.¹⁰

Diese eher noch vereinzelt Beispiele könnten Vorbote einer künftigen Entwicklung sein, wenn Unternehmen und Endverbraucher durch Ökosteuern angehalten werden, mit den natürlichen Ressourcen stärker hauszuhalten. Dazu muß die „Wissenserzeugung“ auf die großen Zukunftsfragen gelenkt werden. In der Forschungs- und Innovationspolitik müssen gesellschaftliche Leitprojekte formuliert werden, durch die die Potentiale ansonsten separat erforschter Themen zusammengeführt werden. Solche Leitprojekte können umweltverträgliche Energieversorgung, Vermeidung des „Verkehrsinfarkts“, Verbesserung der Umwelt, Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, demokratische Informationsgesellschaft sein. Auch die Art des Arbeitens wird sich durch die Expansion ökoefizienter Dienstleistungen erheblich ändern. Beratung, Wartung und Service wird auf Kosten von Produktionstätigkeiten zunehmen. Einige Funktionen von Unternehmen müßten reregionalisiert werden, während bei anderen, wie dem Erzeugen von neuem Wissen, nur der weltweite Austausch Sinn macht. Wie eine solche umweltorientierte Dienstleistungsorientierung der Wirtschaft erreicht werden kann, darauf gehen Giarini/Liedtke — und das in einem Bericht ausgerechnet an den Club of Rome — jedoch mit keinem Wort ein.

2.3 Eigenarbeit und Bewertung der Arbeit

Sicherlich verlagern die Unternehmen einige Aufgaben an die Kunden zurück, wie etwa beim Telebanking oder der Selbstbedienung in Geschäften oder Restaurants. Folgt daraus aber eine Renaissance der Eigenproduktion und eine Aufwertung unbezahlter Arbeit und kann man selbstgewählte Eigenarbeit mit durch die Organisation von kommerziellen Dienstleistungen auferlegter Eigenarbeit in einen Topf werfen? Es ist wenig plausibel, daß aus mehr Selbstbedienung im Supermarkt eine Expansion privater Bautätigkeit oder Kinderbetreuung folgt. Einigen Aufschluß über den Umfang und die Entwicklung der Eigenarbeit kann man aus Zeitbudgetstudien gewinnen. Goldschmidt-Clermont und Pagnossin-Aligisakis haben Zeitbudgetstudien aus 14 Industrieländern miteinander ver-

glichen.¹¹ Sie unterscheiden zwischen ökonomischen und nichtökonomischen (persönlichen) Aktivitäten wie persönliche Pflege, Bildung, sozialen Aktivitäten, Hobbies etc. Die ökonomischen Aktivitäten wiederum unterteilen sie in monetarisierte (Erwerbsarbeit) und nicht monetarisierte (unbezahlte) ökonomische Tätigkeiten wie Produktion und Zubereitung von Lebensmitteln, Kindererziehung, Pflege von Erwachsenen, Bürger-, Bau-, Reparatur- und Haushaltsarbeiten. Der Unterschied zwischen den persönlichen und den beiden Gruppen ökonomischer Tätigkeiten liegt im Kriterium der „Dritten Person“: Eine ökonomische Tätigkeit kann im Unterschied zu einer persönlichen Aktivität an eine andere Person delegiert werden. Dies gilt etwa für die Zubereitung einer Mahlzeit, nicht aber für das Hören von Musik oder Schlafen. Das Kriterium der „Dritten Person“ macht Sinn, da es die Substitutionalität der bezahlten und unbezahlten ökonomischen Aktivitäten erkennen läßt. Unbezahlte Arbeit kann eben in bezahlte Arbeit umgewandelt werden und umgekehrt.

Die wichtigsten Ergebnisse der Zeitstudien in 14 verschiedenen Industrieländern sind (Tabelle 3):

- Die Gesamtzeit für ökonomische Aktivitäten für Personen über 15 Jahre beträgt zwischen 6 Stunden und 16 Minuten und 7 Stunden und 34 Minuten, wobei der Durchschnitt über alle Tage — also einschließlich Wochenenden, Feiertagen und Urlaub — ermittelt wurde.
- Der gesamte Zeitaufwand für Eigenarbeit ist in allen Ländern etwa so hoch wie der für Erwerbsarbeit.
- Männer wenden mehr Zeit für Erwerbsarbeit auf als Frauen. Ihr Anteil der Erwerbsarbeit am Zeitaufwand für ökonomische Aktivitäten liegt zwischen 55 und 79 %, der der Frauen hingegen zwischen 30 und 58 %.
- Der Wert der Eigenarbeit entspricht — gemessen am zeitlichen Input — 43 % (+/-10) des Bruttosozialprodukts.¹²
- In den letzten 30 Jahren verminderte sich sowohl der Zeitaufwand für Erwerbs- als auch der Eigenarbeit.
- Der Zeitaufwand von Männern und Frauen für Erwerbs- und für Eigenarbeit verringert sich sehr langsam, wobei Frauen allerdings relativ immer noch erheblich mehr Zeit in Eigenarbeit investieren.

⁸ Schlegelmilch 1998.

⁹ Hennie/Richter 1998.

¹⁰ Bierter/Brödner 1998.

¹¹ Vgl. Goldschmidt-Clermont/Pagnossin-Aligisakis 1995.

¹² In Westdeutschland lag der Anteil 1992 je nach Berechnungsmethode zwischen 33 und 55 %. Dabei wurde allerdings der Arbeitsinput ohne Bewertung seiner ökonomischen Effizienz erfaßt. Man kann also aus diesen Zahlen nicht schließen, daß das Bruttosozialprodukt sich durch die Umwandlung von nicht monetarisierte Arbeit in monetarisierte verdoppeln würde. Sobald Eigenarbeit in Erwerbsarbeit umgewandelt wird, wird sie rationalisiert und schrumpft im Volumen.

Tabelle 3

Verteilung der Arbeitszeit auf Erwerbs- und Eigenarbeit nach Geschlecht (6 Länder)
Durchschnittliche Zeit pro Person. Stunden und Minuten pro Tag (S:M)

	Dänemark 1987		Frankreich 1985 / 1986		Deutschland 1991 / 1992		Großbritannien 1985*		Niederlande 1987		USA 1985	
Alter	-58		(15+)		(16+)		(15+)		(12+)		(15+)	
Geschlecht	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F
Zeit für Erwerbsarbeit												
S:M	6:00	4:19	4:00	2:10	4:28a	2:12a	4:39	2:34	2:58a	1:13a	4:31	2:47
%	79	58	62	30	61	30	68	37	52	19	63	37
Zeit für Eigenarbeit												
S:M	1:38	3:10	2:28a	4:59a	2:53	5:08	2:12	4:19	2:47b	5:03b	2:37	4:46
%	21	42	38	70	39	70	32	63	48	81	37	63
Arbeitszeit insgesamt												
S:M	7:38	7:29	6:28	7:09	7:21	7:20	6:51	6:53	5:45	6:17	7:08	7:33
%	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Anmerkungen: Wegen Rundungen ergeben die Prozente nicht immer 100. Frankreich: (a) ohne Pendelzeiten. Deutschland: Zeit für Erwerbsarbeit: einschließlich Pendelzeit zur Arbeit und anderer arbeitsgebundener Zeit, ohne Mittagspause. Großbritannien: „1985“ bedeutet zwischen 1983 und 1987. Niederlande: (a) ohne Pendelzeiten. (b) mit Pendelzeiten zur Arbeit, ohne Reden, Lesen und Spielen mit Kindern.

Quelle: Goldschmitt-Clermont/ Pagnossin-Aligisakis 1995. © IAT 1998

— Bei der Eigenarbeit nimmt der Zeitaufwand für Nahrung, Kleidung und Wohnung ab und der für Einkauf und Organisation (Papierarbeit, Organisation von Dienstleistungen etc.) zu.

Giarini/Liedtke können allenfalls die leichte Ausdehnung des Aufwands an Eigenarbeit für Dienstleistungstätigkeiten für ihre These reklamieren. Ansonsten kann man eher eine Abnahme von Eigenarbeit verzeichnen. Die Aussage, daß es „auf der Hand liege, daß die Zahl der Tätigkeiten, die mit einer bezahlten Beschäftigung nichts zu tun haben“ wächst (S. 211), kann nur aufrechterhalten werden, wenn man alle persönlichen Aktivitäten wie Schlafen, Essen und Trinken, Fernsehschauen, Reisen oder Lesen miteinschließt.

Vieles spricht dafür, daß zumindest die häusliche Eigenarbeit, die Frauendomäne ist, weiter abnehmen wird. Die Erwerbstätigkeit der Frauen hat sich in den letzten 100 Jahren fast verdoppelt. Bemerkenswert ist vor allem der Anstieg der Erwerbstätigkeit der verheirateten Frauen, die fast sechsmal so hoch liegt wie vor 100 Jahren. 1882 waren nur 9 % aller verheirateten Frauen zwischen 30 und 39 Jahren erwerbstätig. Mit der Eheschließung war damals der Ausschluß der Frauen aus dem Erwerbsleben besiegelt. Das hat sich geändert. 1990 waren bereits 58 % der Frauen in dieser Altersgruppe erwerbstätig, und nichts

weist darauf hin, daß diese Entwicklung bereits abgeschlossen ist. Das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit prognostiziert, daß im Jahre 2010 sogar zwischen 73 und 82 % der verheirateten Frauen erwerbstätig sein werden (Tabelle 4). Die von Giarini/Liedtke beschriebene zunehmende Wissensorientierung unserer Wirtschaft, die einhergeht mit einer verbesserten Ausbildung, ist eine der wichtigsten Triebkräfte der gestiegenen Erwerbstätigkeit der Frauen. Hier hat fast unbeachtet von der Öffentlichkeit eine Revolution im Erwerbsverhalten stattgefunden. Die Erwerbsquote der Frauen mit Universitätsabschluß liegt in den industrialisierten Ländern inzwischen über der Erwerbsquote der geringqualifizierten Männer (Tabelle 5).

Mit der wachsenden Erwerbstätigkeit der Frauen werden die Haushalte zwangsläufig einen Teil der bislang in Eigenarbeit erstellten Güter und Dienstleistungen „outsourcen“. Dafür geben die Zeitbudgetstudien einige Anhaltspunkte, auch wenn der Vergleichbarkeit wegen unterschiedlicher Erhebungsmethoden Grenzen gesetzt sind. Trotz dieser Einschränkung sei darauf hingewiesen, daß der enorme Unterschied in der Dauer der bezahlten (4:19 Stunden Differenz pro Tag) und unbezahlten (1:53 Stunden Differenz pro Tag) ökonomischen Aktivitäten zwischen niederländischen und dänischen Frauen den ausgeprägten Unter-

Tabelle 4

Frauen-Erwerbsquoten 1882 bis 2010
in %

	Frauen insgesamt	Verheiratete deutsche Frauen	
	15 bis 69 Jahre	30 bis 39 Jahre*	40 bis 49 Jahre*
Erwerbsquoten im Deutschen Reich			
1882	36	9	10
1907	45	26	29
1925	47	28	31
1933	47	29	32
1939	50	36	37
	15 bis 64 Jahre	30 bis 34 Jahre	45 bis 49 Jahre
Erwerbsquoten in den alten Bundesländern			
1960	49	37	34
1970	48	39	41
1980	54	51	50
1990	60	58	61
2000	63-65	66-70	70-72
2010	68-72	73-82	79-85

* Einschließlich Ausländer(l)nnen.
Quelle: Klauer 1994. © IAT 1998

schied¹³ in der Erwerbsquote der Frauen deutlich widerspiegelt. In Dänemark sind durch das Outsourcing von Eigenarbeit zahlreiche neue Arbeitsplätze entstanden. Für 40 % der Kinder bis drei Jahre werden Kinderkrippenplätze mit langen Öffnungszeiten bereitgestellt — gegenüber 8 % in den Niederlanden — und für zwei Drittel der dänischen Schüler werden nach der Schule Betreuung und Freizeitangebote bereitgestellt, gegenüber 5 % in den Niederlanden.¹⁴

Die Verminderung der Eigenarbeit wird in vielen Dienstleistungstheorien als eine der entscheidenden Quellen der Herausbildung neuer Tätigkeiten im tertiären Sektor gesehen.¹⁵ Zumindest das Wachstum der Beschäftigung bei den persönlichen und sozialen Dienstleistungen läßt sich damit erklären.¹⁶ Ein großer Expansionsschub steht hier auch mit der Alterung der Gesellschaft bevor. Hier wächst die Nachfrage nicht nur nach Pflegedienstleistungen, sondern auch im Freizeit- und Bildungsbereich.¹⁷

Die Kapazitäten der Haushalte zur Eigenarbeit hängen auch von der durchschnittlichen Belastung durch Erwerbsarbeit ab. Hier können wir große Unterschiede zwischen den Industrieländern feststellen. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitszeit pro Person im erwerbsfähigen Alter — also alle Nicht-Erwerbstätigen eingerechnet — liegt in den USA 560 Stunden über der in den Niederlanden und

470 über der in Deutschland (Schaubild 2). Während in Deutschland und den Niederlanden die Arbeitszeit in den letzten 15 Jahren deutlich verkürzt wurde (Bosch/Lehndorff in diesem Heft), hat sich in den USA in den letzten Jahren die Arbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten noch verlängert. Die längeren Arbeitszeiten in den USA lassen weniger Spielraum für Eigenarbeit als in Deutschland und den Niederlanden. Eine der ungeklärten Fragen ist, ob aus diesen Gründen in den USA mehr bezahlte Tätigkeiten für persönliche Dienstleistungen entstanden sind als in Deutschland oder den Niederlanden. Um die Entwicklungsdynamik wichtiger Branchen des tertiären Sektors besser zu verstehen, wäre also zu untersuchen, ob die langen Arbeitszeiten in anderen Ländern eher Eigenarbeit oder eher persönliche Aktivitäten etwa im Freizeitbereich ver-

¹³ 1987, also zum Zeitpunkt dieser Studien, lag die Erwerbsquote der niederländischen Frauen um 28 % unter der der dänischen Frauen (OECD 1997). Da die Teilzeitquote der Niederländerinnen höher als die der Däninnen ist, würde die Differenz in Vollzeitäquivalenten gerechnet noch höher ausfallen.

¹⁴ Rubery u.a. 1998: 321.

¹⁵ So z.B. Häußermann/Siebel 1995.

¹⁶ Bandemer/Hilbert/Schulz 1998; Weinkopf 1998.

¹⁷ Bandemer/Hilbert/Schulz 1998.

Tabelle 5

Erwerbsbeteiligung¹⁾ und Bildungsstand von Männern und Frauen, 1992

	Primär- und Sekundärbereich I		Sekundärbereich II		Nicht universitärer Tertiärbereich		Universitätsausbildung		GESAMT	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Deutschland	80,2	46,1	85,6	67,3	89,4	80,9	93,8	82,4	86,7	64,2
Großbritannien	79,4	54,2	91,1	71,4	93,2	77,7	94,2	83,6	88,6	66,4
Frankreich	77,4	54,6	90,6	74,9	95,4	84,7	91,2	81,9	85,1	65,7
USA	75,2	45,6	89,9	70,7	94,1	81	93,8	82,2	88,7	70
OECD insgesamt	80,2	49,6	90,2	69,8	92,7	81,8	93,9	84,6	86,8	61,6

¹⁾ Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung zwischen 25-64 Jahre.

Quelle: OECD 1995: S.33-35.

© IAT 1998

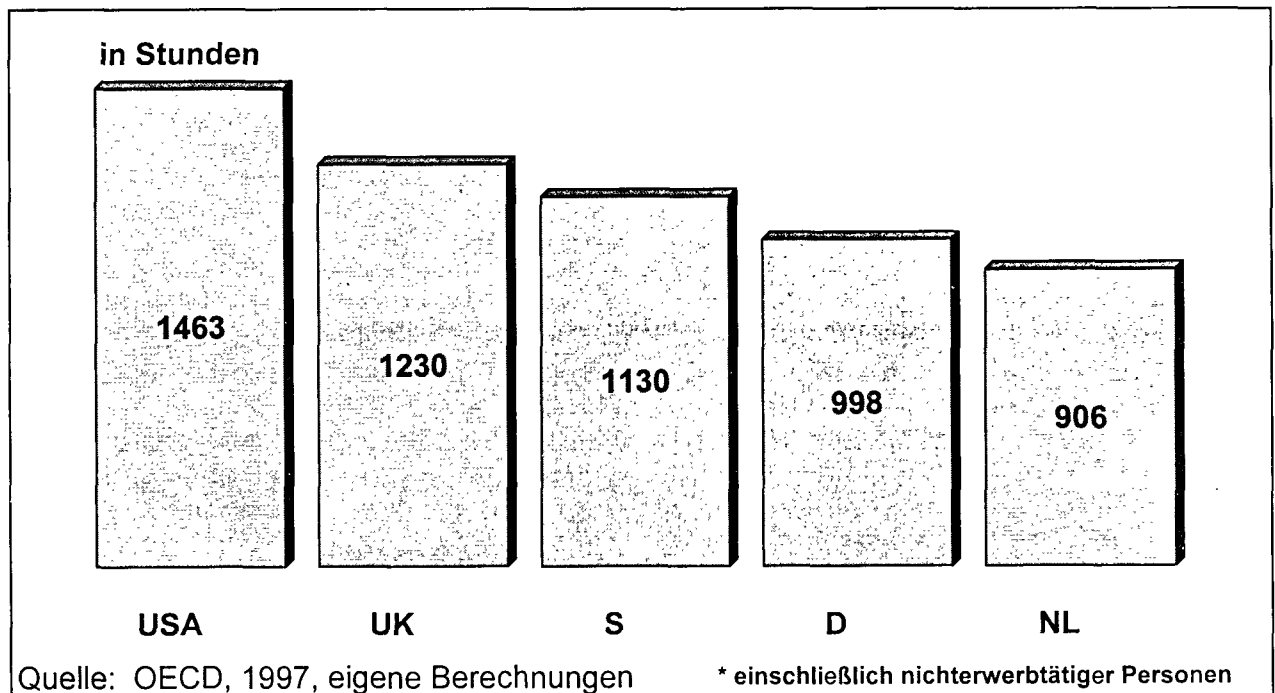
drängen. Eine andere Frage ist, ob es in den Industrieländern vielleicht ganz unterschiedliche Potentiale an einer Ausdehnung von Eigen- und Erwerbsarbeit gibt. Deutschland gehört mit seinen niedrigen Arbeitszeiten pro Kopf der Erwerbsbevölkerung sicherlich zu den Ländern, in denen die Eigenarbeit stärker als in anderen Ländern schrumpfen wird, während unter Umständen in den USA oder Großbritannien wegen der Überlastung durch Erwerbsarbeit ein großer Bedarf an mehr selbstbestimmter Eigenarbeit

besteht. Es ist schon verwunderlich, daß jedoch gerade in Deutschland die Diskussion über Eigenarbeit am heftigsten geführt wird.

Die Kapazitäten von Haushalten, Eigenarbeit zu leisten und leisten zu wollen, und die Entwicklungsdynamik von Dienstleistungsgesellschaften werden von Giarini/Liedtke überhaupt nicht in den Blick genommen. Damit stehen an Nahtstellen ihrer Argumentation reine Behauptungen. Dies gilt im übrigen auch für die normative Bewertung der

Abbildung 2

Jahresarbeitszeit pro Person im erwerbsfähigen Alter, 1996



Arbeit. Es stimmt einfach nicht, daß Dienstleistungstätigkeiten heute generell geringer als Industrietätigkeiten bewertet werden. Dies trifft auf einige Dienstleistungstätigkeiten, wie Putzen, zu. Viele andere gelten aber als sauberer, zukunftssträchtiger und sicherer und werden zudem noch besser bezahlt als Industriearbeit. Klassische Arbeiterbranchen haben selbst in Krisenzeiten mit Arbeitskräfteüberfluß Rekrutierungsprobleme. Eines der Zukunftsprobleme gerade bei einer ökologischen Wende, die Teamarbeit zwischen kompetenten Industriearbeitern und Dienstleistern erfordert, ist die gesellschaftliche Aufwertung von Industriearbeit. Dazu gehört etwa die Abschaffung der traditionellen Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten, wobei hier nicht die Änderung von Etiketten, sondern von in unseren gesellschaftlichen Normen, Denkweisen und Institutionen tief liegenden Differenzierungen gemeint ist.

3. Beschäftigungspolitische Schlußfolgerungen

3.1 Das Dreischichtenmodell

In ihren beschäftigungspolitischen Überlegungen nehmen Giarini/Liedtke ihr schwächstes Argument, nämlich die vermeintliche Expansion von Eigenarbeit zum Ausgangspunkt. Arbeitslosigkeit liege „an unserer Unfähigkeit zu erkennen, daß nicht bezahlte Tätigkeiten und Eigenleistungen immer entscheidender für die Erreichung dieses Zieles werden“ (S. 207). In der Dienstleistungsgesellschaft sei offen, ob die neu entstehenden Tätigkeiten im Bereich der bezahlten oder der unbezahlten Arbeit angesiedelt seien (S. 206). Gerade in Ländern mit wirtschaftlichem Reifegrad werden Tätigkeiten, die auf bezahlter Tätigkeit beruhen, immer ineffizienter (S. 144/5). Unsere Sozialsysteme seien zu kostenträchtig geworden und bedürfen der Ergänzung durch unbezahlte Arbeit. Als Beispiele werden die Pflege von Kranken zu Hause anstelle im Krankenhaus und die Betreuung von Kindern zu Hause und nicht im Kindergarten genannt (S. 143). Durch Telearbeit werde zudem Arbeit generell mehr in die häusliche Sphäre verlagert.

Die Autoren schlagen als Lösung ein Mehrschichtenmodell der Arbeit vor. Die erste Schicht umfaßt gesellschaftlich bereitgestellte Arbeit. Der Staat sichert eine Basisbeschäftigung von 1000 Stunden im Jahr. Hierfür erhält jeder einen Mindestlohn. Nur wenn die Arbeit angenommen wird, wird dieser Lohn gezahlt (S. 234/5). Über diese erste Schicht hinweg sollen sämtliche (!) Interventionen des Staates untersagt werden, so daß ein Minimum an sozialer Sicherung und ein Maximum an Stimulierung privater Initiative erreicht wird (S. 235). „Sämtliche“ (!) Ressourcen, die zur Zeit für Arbeitslosen- und Sozialleistungen verwendet werden, sollen die finanzielle Basis für die Organisation der ersten Schicht sein (S. 260). Ganz offensichtlich ist damit auch die Reduzierung der Renten gemeint, da auch Ältere bis zu 78 Jahren zur Annahme einer solchen Teilzeitstelle veranlaßt werden sollen. Für den Staat sei die Einrichtung der ersten Schicht kostensparend, da teure

Beschäftigung im öffentlichen Sektor ersetzt werden könne (S. 261). Es wird erhofft, daß sich mit dieser ersten Schicht das Selbstverständnis von einer besonderen Arbeit entkoppelt und auch soziale Tätigkeiten als ehrenhaft gelten.

Die zweite Schicht umfaßt die Arbeit im unregulierten privaten Sektor. Der einzelne soll selbst entscheiden, wieviel Arbeitsstunden er dort einbringt. Das Spektrum könne von wenigen Stunden zusätzlich zur ersten Schicht bis zu 80 oder 100 Wochenstunden bezahlter Arbeit reichen. Die zweite Schicht werde zunehmend den Interessen der Beschäftigten entsprechen. Leider wird diese zentrale These nicht begründet. Die dritte Schicht umfaßt die nicht monetarisierte Arbeit. Sie soll freiwillig sein. Gedacht ist offensichtlich an gemeinnützige Tätigkeiten. Überraschenderweise taucht hier die Eigenarbeit zu Hause nicht mehr auf. Die Personen im erwerbsfähigen Alter (von 18 bis 78 Jahren) werden in flexiblen Erwerbsverläufen ihre Zeit in unterschiedlichen Kombinationen auf diese drei Schichten aufteilen. Es müssen auch die Bindeglieder zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit weiterentwickelt werden. So könne man Anreize für Selbstbildung, Selbstheilung oder Selbstreparatur bieten (S. 241). Um welche Anreize es sich handeln könnte, wird nicht gesagt.

3.2 Der Weg in die Polarisierung der Gesellschaft

Erst wenn man die Vorschläge von Giarini/Liedtke konzentriert zusammenfaßt, wird ein marktliberales Wirtschaftsprogramm erkennbar, das man in solcher Kompromißlosigkeit an dieser Stelle nicht erwartet: Der private Sektor soll überhaupt nicht reguliert werden; noch nicht einmal die Umweltpolitik wird erwähnt; Arbeitszeiten bis zu 100 Wochenstunden sollen möglich sein; der Sozialstaat soll durch ein großes Arbeitsbeschaffungsprogramm ersetzt werden; der Lohn für die erste Schicht, über den im Buch nichts Näheres zu erfahren ist, soll wohl unterhalb der heutigen Lohnersatzleistungen bei Arbeitslosigkeit liegen, da die Arbeitslosigkeit von Giarini/Liedtke auch als Folge zu hoher Lohnersatzleistungen gesehen wird und das „moralische Risiko“ der Arbeitszurückhaltung vermieden werden soll (S. 134). Die Autoren sprechen auch nur von der Sicherung einer „bescheidenen Existenz“ (S. 235). Kaum ernst zu nehmen ist die Formulierung, daß „sämtliche“ Ressourcen für Arbeitslosen- und Sozialleistungen in die Finanzierung der ersten Schicht eingehen sollen. Dies wäre das Ende aller Sozialleistungen für Nichterwerbstätige und besondere Lebenslagen, wie die Hilfen für Familien, Behinderte und die Pflege von Kranken und Älteren.

Welche Konsequenzen hätte die Umsetzung eines solchen Programms für die Wirtschaft? Zunächst einmal würde die Nachfrage nach bezahlter Arbeit kräftig steigen. Ein Großteil der heutigen Rentner — es handelt sich in Deutschland um einige Millionen Personen — müßte nun-

mehr seine „Rente“ erst einmal verdienen. Weiterhin würden bei Aufhebung aller Regulierungen im privaten Sektor die Arbeitszeiten verlängert, wie wir das heute in den deregulierten Arbeitsmärkten der USA, Großbritanniens und Neuseelands beobachten können. Bei einem solchen Überangebot an Arbeit würden die Löhne vor allem der Arbeitskräfte, die leicht substituierbar sind, fallen. In der Folge polarisieren sich die Einkommen und die gesellschaftliche Ungleichheit nimmt zu (Bosch 1998b). Gerade die Beschäftigten mit mittleren und unteren Einkommen, die kaum auf Einkommensteile verzichten können, würden versuchen, ihren Einkommensausfall durch eine weitere Erhöhung ihres Arbeitsangebots wettzumachen. Die Haushalte wären gezwungen, mehr bislang in Eigenarbeit erstellte Produkte und Dienstleistungen auf dem Markt nachzufragen. Die Zunahme der Arbeitszeit würde die Eigenarbeit zurückdrängen und Deutschland auf das amerikanische Niveau der Erwerbsarbeit pro Person im erwerbsfähigen Alter bringen (vgl. Schaubild 2). Damit würde genau das Gegenteil dessen passieren, was den Kern des neuen Wohlstandsmodells ausmacht: die Eigenarbeit würde zurückgehen und die individuelle Freiheit, sich zwischen den einzelnen Schichten der Arbeit zu entscheiden, würde verringert. Bei längeren Arbeitszeiten könnten dann die Beschäftigten auch nicht mehr die vorge schlagenen Eigenleistungen im Sozialsystem, etwa bei der Pflege von Kranken (S. 240), übernehmen.

Kaum organisierbar ist die erste Schicht der Arbeit. Unterstellen wir nur einmal, daß der Staat 1000 Stunden Arbeit pro Jahr nur für die rund 4 Mill. Arbeitslosen anbieten müßte. Die Zahl der ABM-Beschäftigten lag 1997 in Deutschland im Jahresdurchschnitt bei ungefähr 280 000 Personen. Der Staat müßte also mehr als die 14fache Menge an Personen versorgen. Bei einer solchen Größenordnung müßte er entweder Tätigkeiten anbieten, die bislang im privaten Sektor ausgeführt wurden oder werden können. Bei solchen Dimensionen wäre dann die Beschäftigungsdynamik im privaten Sektor beeinträchtigt. Oder es müßten zusätzliche, ökonomisch nicht tragfähige Tätigkeiten angeboten werden, wobei es angesichts dieser Größenordnung zumeist nur zu sinnloser Beschäftigungstherapie käme.

Giarini/Liedtke schreiben, daß Menschen in der ersten Arbeitsschicht sich nicht benachteiligt fühlen sollen. Natürlich wird gesellschaftliches Konfliktpotential immer reduziert, wenn jeder mit seiner Situation zufrieden ist. Woher wissen wir aber, daß Personen, die keine Erwerbsarbeit finden und in die erste oder dritte Schicht verbannt sind, sich nicht benachteiligt fühlen? Es gibt viele Argumente anzunehmen, daß die Appelle von Giarini/Liedtke zu einer Neubewertung der Arbeit nicht gehört und die Schichten der Arbeit sehr ungleich bewertet werden. Schließlich sind sie auch nicht gleich. Der Weg zu einer mehr als „bescheidenen Existenz“ führt nur über Erwerbsarbeit. Die Arbeit von Erwerbstätigen, die erfahren, daß ihre Tätigkeit nachgefragt wird, ihre Arbeitsprodukte einen Preis haben, ihre

Motivation durch gute Arbeitsbedingungen erhöht oder deren Status und Selbstbewußtsein durch Qualifikation und Professionalisierung gestärkt werden, wird gesellschaftlich höher bewertet als die Arbeit, die in Nischen angesiedelt ist, dürftig oder gar nicht entlohnt wird, wobei man zum Teil das Gleiche wie Beschäftigte im öffentlichen Dienst nur zu schlechteren Bedingungen und ohne Qualifikation tun muß. Die Reputation der öffentlich organisierten Tätigkeiten in der ersten Schicht wird zudem unter ihrem Zwangscharakter leiden, da ja die Arbeitsbereitschaft kontrolliert wird. Die Arbeitsmarktforschung zeigt in eindrucksvoller Weise, daß öffentlich geförderte Beschäftigung genau aus diesen Gründen zwar als Chance zum Übergang in den ersten Arbeitsmarkt, nicht aber als Dauerlösung akzeptiert wird.¹⁸

Schließlich wird Eigenarbeit als ausschließliche Beschäftigung von den Frauen nicht mehr akzeptiert. Heute halten in Westdeutschland nur noch 17 % und in Ostdeutschland sogar nur 4 % der jüngeren Frauen zwischen 18 und 24 Jahren die Hausfrauenehe für erstrebenswert. Schon 46 % (Ostdeutschland 57 %) wünschen eine Partnerschaft, in der beide Vollzeit arbeiten, der Rest wünscht eine Kombination von Vollzeit und Teilzeit oder Teilzeit für beide.¹⁹ Auch ehrenamtliche Bürgerarbeit ist kein Ersatz für Erwerbsarbeit. Sie ist heute vor allem eine Domäne von Beschäftigten, und insbesondere von qualifizierten Beschäftigten.²⁰ Dies ist keine Überraschung. Für Ehrenämter werden oft gerade Personen gesucht, die vielfältige Kompetenzen und Beziehungen haben, die man eben nur im Berufsleben erwirbt. Zudem sind oft gerade diejenigen, denen die Gesellschaft bereits viel gegeben und ermöglicht hat, bereit zu einem unbezahlten Engagement. Unbezahlte Arbeit ist weniger von Personen zu erwarten, denen die Gesellschaft „nichts“ gibt.

Insgesamt scheint es praktisch kaum machbar, Eigenarbeit als einen eigenständigen Sektor aufzubauen, der einen Beitrag zur Lösung des Beschäftigungsproblems leisten kann, ganz abgesehen davon, daß sich das „Private“ auch nicht in dieser Weise instrumentalisieren läßt. Überdies entsprechen die konservativen Familienleitbilder, die hinter einer neuen Terminologie versteckt werden, heute nicht mehr den Orientierungen der Mehrheit der Beschäftigten; sie sind ein Relikt einer bestimmten Periode der Industriegesellschaft, bestimmt aber nicht der kommenden Dienstleistungsgesellschaft. Anstelle normativer Postulate, wie man Arbeit bewerten sollte, wäre es wichtiger, veränderte Bedürfnisse zur Kenntnis zu nehmen und gangbare Zukunftsleitbilder der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Eigenarbeit zu entwickeln, wie dies die Niederländer oder Skandinavier tun. Die Skandinavier orientieren sich am Leitbild der Vollzeitarbeit für Männer und Frauen, die in Phasen der Kindererziehung durch

¹⁸ Bosch, Frick, Krone, Weinkopf 1994.

¹⁹ Endler/Beckmann 1997.

²⁰ DIW 1998.

Elternschaftsurlaube oder Teilzeitarbeit — teilweise mit Einkommensausgleich, auf jeden Fall aber mit Rückkehrchancen auf Vollzeitarbeitsplätze — unterbrochen wird. Die individuellen Wahlchancen wurden durch den Ausbau des öffentlichen Angebots an Kinderbetreuung erhöht. Durch die Abschaffung des Ehegattensplitting wurden zudem Anreize für die Frauen geschaffen, ihr Arbeitsangebot zu erhöhen, und für die Männer, ihre Überstunden zu reduzieren. Die Niederländer propagieren ihre Teilzeitstrategie mit der Formel „75 % der Arbeitszeit eines Vollzeitarbeitsplatzes für beide Partner“; das Haushaltseinkommen liegt dann immer noch bei 150 % des Haushaltseinkommens eines Alleinverdienerhaushalts — vorausgesetzt, daß Männer- und Fraueneinkommen gleich sind. Im Kern geht es in solchen Diskussionen darum, Konturen eines neuen Normalarbeitsverhältnisses zu formulieren und sich nicht mit der Feststellung zu begnügen, daß das alte ausgedient hat.

4. Zusammenfassung

Das versprochene neue Verständnis der Wohlstandsproduktion ist im Buch nicht erkennbar geworden. Eine Zunahme von Eigenarbeit, die als wichtigste neue Entwicklung dargestellt wird, ist bis jetzt nicht nachweisbar und auch nicht zu erwarten. Viele Haushaltstätigkeiten werden in Zukunft in monetarisierte Tätigkeiten umgewandelt werden; dadurch entstehen neue Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor; man denke hier nur an den Pflegebereich. Diese Entwicklungsdynamik in Richtung einer Dienstleistungsgesellschaft ist von Giardini/Liedtke ebenso wenig verstanden worden, wie die Rolle der Umweltpolitik. Die Entwicklung „ökoeffizienter“ Dienstleistungen, durch die Nutzen in möglichst umweltschonender Weise anstelle von Produkten verkauft wird, ist eine der wichtigsten Kernelemente in umweltorientierten Zukunftsszenarien:²¹ durch diese Überlegungen aus der Umweltforschung hätte man einige Leerstellen in der Analyse der künftigen Dienstleistungsgesellschaft füllen können. Daß jedoch in einem Bericht an den Club of Rome die Umweltfrage vergessen wurde, ist die erste große Überraschung des Buches.

Die zweite Überraschung ist, daß sich hinter einer alternativen Rhetorik, die starke Anleihen bei den amerikanischen Kommunitaristen erkennen läßt, ein lupenreines neoliberales Wirtschaftsprogramm herauschält. Es wird ein weitgehender Abbau des Sozialstaats gefordert und jede Intervention in den privaten Sektor — da nichts anderes gesagt wurde, offensichtlich auch durch Umweltauf-

lagen — abgelehnt. Die Verantwortung des Staates konzentriert sich auf die Bereitstellung eines gigantischen Arbeitsbeschaffungsprogramms, das schon wegen seiner Größe und seines Zwangscharakters vielfach in Beschäftigungstherapie endet. Ein solches Arbeitsbeschaffungsprogramm innerhalb einer deregulierten Ökonomie, in der, u.a. durch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 78 Jahre, das Arbeitsangebot drastisch erhöht wird, wird zu einer Polarisierung von Einkommen und Arbeitszeit führen.

Auf die Frage, die im Titel steht, wie wir künftig arbeiten werden, gibt der Bericht keine Antwort. Die Autoren können das auch gar nicht, da sie ganz entscheidende Fragen überhaupt nicht behandelt haben. Zu diesen Fragen zählen u.a. folgende:

- Welche Arbeitsplätze werden in einer globalisierten Wirtschaft künftig in den entwickelten Industrieländern angesiedelt sein und welche Rolle spielt die staatliche Innovations- und Wirtschaftspolitik dabei?
- Wie verändern sich die Bedürfnisse und Interessen der Beschäftigten und nach welchen Leitbildern werden die gesellschaftlichen Institutionen ausgestaltet, die Lebensverläufe strukturieren?
- Wie kann der Wohlstand so verteilt werden, daß soziale Polarisierung vermieden und gleiche Lebenschancen hergestellt werden?
- Welche Möglichkeiten gibt es, die Lösung der Umwelt- und der Beschäftigungsfrage miteinander zu verbinden?
- Welche Regulierungen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes sind künftig nötig und wo müssen diese Regulierungen ansetzen (regional, national, international)?

Daß diese Fragen nicht behandelt worden sind, ist kein Zufall, sondern ergibt sich aus der weitgehenden Verabschiedung des Staates aus der aktiven Gestaltung der Zukunft. Wie wir mit solch schlichten Rezepten die Zukunft bewältigen können, ist nicht nachvollziehbar. Ärgerlich ist, daß in dem neuen Bericht an den Club of Rome mit großem Gestus und in miserablen Deutsch, das man sicherlich nicht nur den Übersetzern anlasten kann, mehr Behauptungen als Argumente ausgebreitet werden. Andauernd werden vom Leser „richtige Bewertungen“ (z.B. S. 76) verlangt, ohne daß dazu überzeugende Argumente geliefert werden.

²¹ Bund/Misereor 1996.

Literaturverzeichnis

- Abramovitz, M. und P. A. David* (1996): Technological change and the rise of intangible investments: The US economy's growth path in the twentieth century. OECD Documents, Paris.
- von Bandemer, S., J. Hilbert und E. Schulz* (1998): Zukunftsbranche Gesundheit und Soziales. In: G. Bosch (Hrsg.): Zukunft der Erwerbsarbeit. Strategien für Arbeit und Umwelt. Frankfurt, New York.
- Bierter, W. und P. Brödner* (1998): Zukunftsfähiges Wirtschaften und Re-Regionalisierung von Wertschöpfungsprozessen. In: G. Bosch (Hrsg.): Zukunft der Erwerbsarbeit. Strategien für Arbeit und Umwelt. Frankfurt, New York.
- Bosch, G.* (Hrsg.) (1998a): Zukunft der Erwerbsarbeit. Strategien für Arbeit und Umwelt. Frankfurt, New York.
- Bosch, G.* (Hrsg.) (1998b): Ist Vollbeschäftigung nur auf Kosten des sozialen Gleichgewichts möglich? Empirische Befunde zu einem wirtschaftsliberalen Mythos. In: Bosch G., 1998a, Zukunft der Erwerbsarbeit. Frankfurt, New York.
- Bosch, G.* (1998c): Billiglöhne für mehr Arbeitsplätze. In: Spektrum der Wissenschaft, Mai
- Bosch, G., F. Frick, S. Krone und C. Weinkopf* (1994): Der Zweite Arbeitsmarkt: Perspektiven und Chancen. In: Daheim, H., K. Krahn und R. Schneider (Hrsg.) (1994): Standortfaktor Industrielle Beziehungen: Abkehr von den traditionellen Arrangements? München/Mering: 49-71.
- Boyer, R.* (Hrsg.) (1987): La flexibilité du travail en Europe, Paris: Édition La Découverte
- Buttler, F. und M. Tessaring,* (1993): Humankapital als Standortfaktor. Argumente zur Bildungsdiskussion aus arbeitsmarktpolitischer Sicht. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 4.
- Bund/Misereor* (Hrsg.) (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Basel, Boston, Berlin.
- Deutschmann, C.* (1985), Der Weg zum Normalarbeitstag. Die Entwicklung der Arbeitszeiten in der deutschen Industrie bis 1918. Frankfurt, New York.
- DIW* (1996): Keine Dienstleistungslücke in Deutschland. In: Wochenbericht des DIW Nr.14.
- DIW* (1997): Globalisierung: Falle oder Wohlstandsquelle. In Wochenbericht des DIW Nr. 23.
- DIW* (1998): „Bürgerarbeit“ — Kein sinnvoller Weg zur Reduzierung von Arbeitslosigkeit. In Wochenbericht des DIW Nr. 4.
- Ender, M., und P. Beckmann,* (1997): Arbeitszeitmodelle in der Partnerschaft von Heute und partnerschaftliche Arbeitszeitmodelle von Morgen. In: IAB-Werkstattbericht Nr. 14. Nürnberg.
- European Commission* (1997): The Competitiveness of the European Industry, Brüssel
- Freeman, R. B.* (1995): Are your wages set in Beijing? In : Journal of Economic Perspectives 9-3: 15-32.
- Fourastié, J.* (1954): Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts, Köln (französische Erstveröffentlichung 1949).
- Giarini, O. und P. Liedtke,* (1998): Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome. Hamburg.
- Goldschmidt-Clermont, L. und E. Pagnossin-Aligisakis* (1995): Measures of unrecorded Economic Activities in fourteen Countries, Human Development Report Office. New York.
- Häußermann, H. und W. Siebel* (1995): Dienstleistungsgesellschaften. Frankfurt.
- Hennicke, P. und N. Richter* (1998): Energieeffizienz und die Ökonomie des Vermeidens. In: G. Bosch (Hrsg.): Zukunft der Erwerbsarbeit. Strategien für Arbeit und Umwelt. Frankfurt, New York.
- High Level Expert Group* (1997): Building the European information society for us all. European Commission, Employment and Social Affairs.
- Jaufmann, D., M. Pfaff und E. Kistler* (1993): Einstellungen zur Arbeit und Arbeitsunfähigkeitszeiten im vereinten Deutschland. Kapitel. III-IV, Augsburg.
- Klauder, W. u.a.* (1994): Zur Arbeitsmarktentwicklung bis 1980 — Modellrechnungen unter Berücksichtigung der „Energiekrise“. MittAB 1.
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen* (1997a): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen, Teil II Ursachen steigender Arbeitslosigkeit in Deutschland und anderen frühindustrialisierten Ländern. Bonn.
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen* (1997b): Teil III Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage. Bonn.
- Maddison, A.* (1995): L'Économie Mondiale 1820-1992. Analyse et Statistiques, Paris.
- OECD* (1995): Bildung Kompakt; OECD-Indikatoren. Paris.
- OECD* (1997): Employment Outlook. Paris.
- Priewe, J.* (1998): Die Beschäftigungswirkungen von Ökosteuern. In: G. Bosch (Hrsg.): Zukunft der Erwerbsarbeit. Strategien für Arbeit und Umwelt. Frankfurt, New York.
- Rubery, J. u.a.* (1998): Women and European Employment. London, New York.
- Schlegelmilch, K.* (1998): Ausländische Erfahrungen mit ökologischen Steuerreformen und Beschäftigungseffekte. In: G. Bosch (Hrsg.): Zukunft der Erwerbsarbeit. Strategien für Arbeit und Umwelt. Frankfurt, New York.
- Schuhmacher, D.* (1997): Immaterielle Investitionen in Deutschland und im internationalen Vergleich. In: Vierteljahrshefte des DIW zur Wirtschaftsforschung, Heft 2.
- Tessaring, M.* (1994): Langfristige Tendenzen des Arbeitskräftebedarfs nach Tätigkeiten und Qualifikationen in den alten Bundesländern. Eine erste Aktualisierung der IAB/Prognos-Projektionen 1989/91. MittAB (1).
- Weinkopf, C.* (1998): Möglichkeiten zur Förderung der Beschäftigung am Beispiel haushaltsbezogener Dienstleistungen. In: G. Bosch (Hrsg.): Zukunft der Erwerbsarbeit. Strategien für Arbeit und Umwelt. Frankfurt, New York.

Summary

Comments on the 'New Report to the CoR: „The Employment Dilemma and the Future of Work”

At the heart of Giarini and Liedtke's analysis lies the argument that „do-it-yourself” work (products produced at home for personal use), or household production, is playing an increasingly important part in the service society and is becoming part of an extended value-added chain in which utility rather than products is being sold. It is suggested that the employment problem could be solved by attributing equal value to paid and unpaid work and that it should be the task of the State to ensure that every individual aged between 18 and 78 has at least a part-time job providing a modest basic income. The State should otherwise refrain from any intervention in the private sector. The critique of this analysis uses time-budget studies to show that in fact the share of household production work is not rising. Rising of female labour force participation rates also indicate that „do-it-yourself” work is increasingly being shifted out of households. This would explain the expansion of personal and social services. Giarini/Liedtke also overlook the environmental debate, although it is only through the development of environmentally friendly services that utility rather than products can be sold. The proposed deregulation of the primary labour market and compulsory economic activity for pensioners up to the age of 78 would increase the labour supply and reduce wages. Since the State can hardly be expected to organise meaningful work for 10 or more million people, the massive job creation programme that is proposed would end in occupational therapy. The overall result of implementing Giarini/Liedtke's proposals would be further polarisation of society.